

Kommission

Klimawandel, Umwelt und Gesundheit

Mitglieder

- » Dr. Melanie Rubenbauer-Beyerlein, Bayreuth (Vorsitzende)
- » Professor Dr. Stephan Böse-O'Reilly, München (Stellvertretender Vorsitzender)
- » Dr. Katharina Jäger, München
- » Dr. Melanie Kretschmar, Traunstein
- » Dr. Margit Kollmer, Velden
- » Dr. Kristina Ott, Garmisch-Partenkirchen
- » Dr. Irmgard Pfaffinger, München
- » Dr. Claudia Ritter-Rupp, München
- » Dr. Gabriel Schmidt, München
- » Doris Wagner, DESA, Kempten
- » Dr. Veit Wambach, Nürnberg
- » Dr. Dorothea Wolff, München

Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen statt.

Sitzung vom 11. März 2025

In der Sitzung wurden von Dr. Wolff die zentralen Ergebnisse des „Lancet Countdown Berichts Klimawandel und Gesundheit 2024“ vorgestellt. Der Bericht mache deutlich, dass die Welt das 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens zu verfehlen drohe. In den Jahren 2023 und 2024 seien global neue Temperaturrekorde verzeichnet worden - mit gravierenden gesundheitlichen Folgen für die Menschen: Dazu zählten eine Zunahme von Extremwetterereignissen, eine steigende hitzebedingte Sterblichkeit, wachsende Ernährungsunsicherheit, eine erhöhte Feinstaubbelastung, sowie ein größeres Risiko für Infektionskrankheiten. Besonders kritisch sei, dass bislang nur ein Drittel der Länder über Frühwarnsysteme für Hitzeerkrankungen verfüge. Gleichzeitig nähmen die ökonomischen Verluste durch Extremwetterereignisse und die hitzebedingten Einbußen an Arbeitsproduktivität erheblich zu.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über die Beschlüsse des 83. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetags (BÄT) in Lindau diskutiert. Zudem stand die Frage im Raum, wie die Bedeutung des Themas „Klimawandel und Gesundheit“ im privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärker verankert werden könnte. Dr. Quitterer berichtete über eine gemeinsame Pressemitteilung des Bündnis Hitzeschutz Bayern von November 2024, in welcher gefordert wurde, gesundheitlichen Hitzeschutz auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als gesetzliche Pflichtaufgabe zu verankern und zugleich ausreichend finanziell zu unterstützen.

Die Mitglieder der Kommission diskutierten über mögliche Anträge für den 129. Deutschen Ärztetag 2025 (DÄT) in Leipzig. Daraus entstand ein Sammelantrag, der schließlich auch vom DÄT beschlossen wurde. Gefordert wurden darin unter anderem verpflichtende Hitzeaktionspläne in allen Städten und Gemeinden, eine klimafreundliche Versorgung im GKV-System durch Anpassungen des SGB V, Investitionen des Bundes in klimafreundliche Praxis- und Klinikstrukturen, die Einführung gesunder und klimafreundlicher Ernährung in Kliniken, sowie die Beendigung von Subventionen in fossile Energieträger.

Sitzung vom 11. September 2025:

Auf Einladung der Kommission hielt Dr. Anne Hübner von der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit (KLUG e.V.) einen Vortrag zum Thema „Klimaresiliente Gesundheitseinrichtungen“. Sie erläuterte, dass Klimaresilienz die Fähigkeit von Einrichtungen bezeichne, den Folgen des Klimawandels standzuhalten, sich flexibel anzupassen und die medizinische Versorgung auch bei Extremwetter zuverlässig sicherzustellen. Anhand von Beispielen wie Hitzewellen, Starkregen und Überschwemmungen verdeutlichte sie die Risiken des Klimawandels für Personal, Patientinnen und Patienten, Infrastruktur und Lieferketten. Als Gegenmaßnahmen

empfahl sie Hitzeschutzkonzepte, klare Notfallkontakte und Evakuierungspläne, flexible Logistiklösungen, sowie Strategien zur Sicherung der Material- und Energieversorgung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Beschlüsse des 129. DÄT in Leipzig erörtert. Zudem standen die vergangene Veranstaltung des Bündnis Hitzeschutz Bayern anlässlich des bundesweiten Hitzeaktionstags am 2. Juni 2025, sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zum Thema „Klimawandel und Gesundheit“ auf der Tagesordnung. Darüber hinaus diskutierten die Mitglieder mögliche Anträge für den 84. BÄT 2025 in Lindau. Daraus gingen zwei Anträge hervor, die schließlich auch vom BÄT beschlossen wurden: Der Antrag „Stärkung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens“, sowie der Antrag „Den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels aktiv begegnen“.

Beschlüsse des 84. BÄT

Im ersten Beschluss forderten die Delegierten Bund, Länder und Kommunen auf, unverzüglich Maßnahmen zur Erhöhung der Krisenresilienz des Gesundheitswesens zu ergreifen. Dazu gehöre die Einrichtung eines gemeinsamen Lagezentrums Gesundheit beim Nationalen Sicherheitsrat, das für die Koordinierung in Krisenfällen und die Entwicklung von Resilienzplänen zuständig sein soll. Ebenso wurde der Ausbau krisenfester Infrastrukturen in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen gefordert. Gesundheitseinrichtungen müssten in die Lage versetzt werden, ihre baulich-technische Ausstattung klimaresilient anzupassen und Hitzeaktionspläne umzusetzen. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen sei ein sektorenübergreifender Bundesfonds „Klimagerechtes Gesundheitswesen“ erforderlich.

Der zweite Beschluss widmete sich den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels. Die Delegierten forderten die Bayerische Staatsregierung auf, schulische Sportveranstaltungen im Freien bei amtlichen Hitzewarnungen zu untersagen, den UV- und Hitzeschutz für Beschäftigte im Freien zu verbessern und einen verbindlichen Hitzeaktionsplan zur Prävention hitzebedingter Erkrankungen und Todesfälle zu erarbeiten. Zudem richteten sie einen Appell an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Informationen über die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels systematisch in die Lehrpläne aufzunehmen.